

Herr Lindner verweist zunächst auf das neue Schulgesetz. Hierin ist vorgesehen, dass die Schulkonferenzen die Möglichkeit haben, über Schulkleidung mit abzustimmen. Er bezieht sich auf die der Einladung als Anlage beigefügten Studie der Justus-Liebig-Universität Gießen. Diese kommt zu dem Ergebnis, dass sich die Schüler in ihrer Schulkleidung wohl fühlen und das Tragen von Schulkleidung positive Auswirkungen auf die Arbeit in den Klassen habe. Es gebe sogar Anfragen von Eltern benachbarter Kommunen, ihre Kinder auf eine Schule zu schicken, in der Schulkleidung getragen werde.

Herr Lindner möchte erreichen, dass die Schulkonferenzen mit Hilfe der Politik angeregt werden, sich mit dieser Thematik zu befassen.

Herr Müller teilt mit, dass die CDU-Fraktion der Auffassung ist, dass die Thematik originäre Aufgabe der jeweiligen Schulkonferenzen ist. Von daher werde seine Fraktion dem Antrag auch nicht zustimmen.

Im Folgenden wird das Für und Wider zur Einführung einheitlicher Schulkleidung diskutiert. Herr Hövel teilt mit, dass an 2 Eitorfer Schulen bereits spezielle T-Shirts bedruckt wurden. Zu beobachten sei, dass die Schüler diese T-Shirts gerne bei Festveranstaltungen und Auftritten tragen.

Nach Auffassung von Herrn Meeser muss der Wunsch, sich mit dieser Thematik zu befassen, aus dem schulischen Bereich selbst kommen. Dann sei auch ein größerer Rückhalt unter den Schülern zu erwarten.

Schulleiter Teubler weist darauf hin, dass sich die Schulkonferenz des Siegtal-Gymnasiums in der Vergangenheit bereits mehrfach mit diesem Thema auseinandergesetzt hat. Seiner Meinung nach sei einheitliche Schulkleidung kein Mittel, um pädagogische oder soziale Ziele erreichen zu wollen. Im übrigen arbeite man am Gymnasium seit vielen Jahren daran, soziale Unterschiede abzubauen.

Schulleiter Himpeler berichtet, dass auch an der Gemeinschaftshauptschule Eitorf in der Vergangenheit die Thematik „Einheitliche Schulkleidung“ immer wieder zur Sprache kam. Jüngste Unterredungen hätten aber ergeben, dass an seiner Schule derzeit kein Diskussionsbedarf zu diesem Thema bestehe.

Vorsitzender Langer hält fest, dass die Thematik eine schulinterne Angelegenheit bereffe und offenbar kein Konsens im Ausschuss bestehe, in die originäre Zuständigkeit der Schulen durch einen Beschluss oder eine Anregung einzugreifen.

Herr Jäckel zieht schließlich den Antrag seiner Fraktion zurück.